

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbezug 3 Mk. monatlich. Abtrag- und Vorkaufspreise. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. Vorkaufspreise. In jeder Zeit des Jahres können auch größere Abnahmen zu besonderen Bedingungen gemacht werden. — Abkündigung einzelner Abonnenten erfolgt nur, wenn vorher befragt.

Abzugspreis: Die Abzugspreise für den 20. Halbjahr, die 24. Halbjahr, die 48. Halbjahr, die 72. Halbjahr, die 96. Halbjahr, die 120. Halbjahr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Tages- und Wochenpreise. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Tages- und Wochenpreise. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 66. — 84. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Answblatt“ Wilsdruff-Dresden. — Postfach: Dresden 2640. — Donnerstag, 19. März 1925

Das begrabene Protokoll.

Nun hat man in Genf monatelang beraten über die Art und Weise, wie man den Krieg ganz und gar und einigartig und unbedingt aus der Welt schaffen soll. Herriot hat darüber im September vorigen Jahres eine wunderschöne Rede gehalten und Macdonald, sein damaliger Kollege als englischer Ministerpräsident, eine noch viel schönere. Man hatte in Genf mit heißem Bemühen studiert, wie man jeden überwältigen könnte, militärisch, wirtschaftlich, finanziell, der es wagen wollte, den Frieden der Welt zu fördern. Und nun erklärt derselbe Herriot dem englischen Außenminister Chamberlain, daß man dem Protokoll von Genf keine Träne in Frankreich nachweine. Aber er unterscheidet sich doch noch etwas von Herrn Chamberlain; der hat nämlich erklärt, daß England auf das Grab des Protokolls einige Tränen habe fallen lassen. Aber er hat auch hinzugefügt, daß England sich für die Sphären des Protokolls nicht interessiert, sogar dazu bereit sei, zu untersuchen, ob der Friede Europas durch neue Abmachungen gesichert werden kann. Allerhand Gerüchte kursieren über den Inhalt dieser Unterredung zwischen den Engländern und den Franzosen, die mehr oder weniger richtig sein mögen. Das eine aber steht zweifellos fest: man verlangt von Deutschland jetzt den uneingeschränkten Eintritt in den Völkerbund, ehe man überhaupt daran denken würde, uns als Zeithaber bei irgendeinem der beabsichtigten Sicherheitsabkommen heranzuziehen. Das gilt entsprechend auch für die Stellungnahme der Entente gegenüber dem deutschen Vorschlag selbst. Der ist damit vorläufig also auf die lange Bank geschoben; denn selbst, wenn wir bereit wären, unser Eintrittsgesuch an den Völkerbund zu richten, wird ja die Verhandlung dieser Bitte frühestens im Sommer dieses Jahres erfolgen. Ganz klar und ohne jede Einschränkung hat Chamberlain französischen Pressevertretern gegenüber erklärt, daß Deutschland erst unter den üblichen Vorbedingungen dem Völkerbunde beizutreten hat, ehe man mit uns einen Vertrag abschließen will. Und da erst im September eine Hauptversammlung des Völkerbundes stattfinden soll, so hofft man, bis dahin über das Sicherheitsproblem einen Ausgleich und eine Verständigungsformel zu finden.

Mit auffällender Schärfe wird in der amtlichen Erklärung über die Konferenz der beiden Minister auch die sozusagen östliche Seite des europäischen Sicherheitsproblems berührt. Also die Frage der Garantierung jener Grenzen, die der Versailler Vertrag zwischen Deutschland auf der einen, Polen und der Tschechoslowakei auf der anderen Seite festgelegt hat. Das ist umso bemerkenswerter angesichts der Tatsache, daß man in Polen wohl nicht ganz mit Unrecht eine englische Uninteressiertheit an diesen Fragen annimmt. Schließlich kann man es England auch nicht zumuten, sich für jene beiden Staaten allzu heftig einzusetzen, die doch in weitgehender militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Abhängigkeit von Frankreich sind. In der Erklärung über die Ministerkonferenz wird über die Sphären gesagt, daß sie doch durch den Versailler Friedensvertrag selbst garantiert seien, daß Frankreich niemals die Absicht gehabt habe, Polen zu irgendwelchem Verzicht zu veranlassen. Grenzberichtigungen seien demnach nur möglich bei Einmütigkeit des gesamten Völkerbundes und diese Einmütigkeit sei doch wirklich in keiner Weise wahrscheinlich. Ein Satz, den wir in Deutschland allerdings auch für absolut richtig halten, weil wir wissen, daß wir Frankreich und Polen bei deutschen Wünschen nach Grenzberichtigungen im Osten immer zu Gegnern haben werden. Daher werden alle deutschen dahin abzielenden Wünsche von vornherein zur Ausschließlichkeit verurteilt, sobald wir durch den Eintritt in den Völkerbund uns zur Innehaltung seines Statuts freiwillig von neuem verpflichten.

Die Geschichte wird aber immer komplizierter. Auf der einen Seite steht immer noch der Wunsch Amerikas wie eine drohende Mahnung da, im Laufe dieses Jahres wieder einmal eine Abrüstungskonferenz zu halten, ein Wunsch, den Amerika durch einen mehr oder weniger deutlichen Hinweis auf die interalliierten Einsprüche ein schweres Gewicht zu verschaffen in der Lage ist. Und weiter spult in Paris jetzt auch wieder Herr Benesch, der tschechoslowakische Ministerpräsident, herum. Der will nun gar zwei Sicherheitsabkommen haben, nämlich ein westliches, also England, Frankreich, Italien, Belgien, und ein östliches, also nicht mehr ein allgemein europäisches, sondern zwei regionale Abkommen. Beiden soll dann — aber erst nach Eintritt in den Völkerbund — auch Deutschland beitreten dürfen. Für diese beiden Mächtegruppen soll dann in Genf nach dem Muster des Sicherheitsprotokolls ein neues Auswärtigeninstrument militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Art geschaffen werden, das im Falle eines drohenden Krieges zur Durchführung gebracht werden soll. Auch hierdurch wäre dann jeder Versuch Deutschlands von vornherein zur Ausschließlichkeit verurteilt, auch auf dem Verhandlungswege irgendwelche Abänderung in den Grenzbeziehungen im Osten herbeizuführen. Denn selbstverständlich ist auch hier wieder der Versailler Vertrag die Grundlage, auf der sich diese regionalen Abkommen auf-

Schwindendes Mißtrauen zu den deutschen Vorschlägen Stimmungsumschwung in Paris.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 18. März. Die Stimmung ist schließlich zugunsten einer genaueren Prüfung der deutschen Sicherheitsvorschläge umgeschlagen. Temps und Journal de Debats beiführen eine eingehende Prüfung der deutschen Vorschläge, wozu auch damit dem Auslande nur der Beweis des guten Willens Frankreichs erbracht werde. Der Grund für das schwindende Mißtrauen der französischen Öffentlichkeit den deutschen Vorschlägen gegenüber liegt offenbar darin, daß der vorbedachte Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, von dem die Verbündeten den Abschluß eines Garantiepactes abhängig machen, erst jetzt in seiner vollen Tragweite als erneute Bestätigung des Versailler Vertrages richtig begriffen wird. In Deutschlands Einwendungen gegen den Artikel 19 des Völkerbundespatentes betont die gestrige Abendpresse, daß eine Nachprüfung der Ostgrenze der einmütigen Zustimmung sämtlicher Völkerbundmitglieder bedarf. Aber der Dr. Benesch zugehörigen Plan eines Zusammenschlusses der Mächte zu einer besonderen Mächtegruppe bewahren die Regierungstreue strengstes Stillschweigen. Das Vorhandensein des Planes wird aber nicht bestritten. Der Intendant nennt den Plan ein ungeheures Unternehmen, dem Benesch nicht gewillt ist, Sporn zu sein dem Bund der Westmächte beizutreten, während Italien noch zwischen der Ost- und Westgruppe schwankt. Nach Erzielung eines grundsätzlichen Einverständnisses auf diplomatischem Wege soll Deutschland zu den Besprechungen hinzugezogen werden. Ein Teil der Presse ist der Ansicht, daß die Alliierten sich durch die dringende Mahnung an Deutschland, sobald wie möglich dem Völkerbunde beizutreten, geschadet haben.

Hymanns für den deutschen Vorschlag.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 18. März. Der belgische Außenminister Hymanns ist aus Genf direkt nach Brüssel zurückgekehrt und hat dem Brüsseler Korrespondenten des Temps nach einer längeren Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Theunis eine Unterredung gewährt. Er sagte u. a.: Zur Lösung des Sicherheitsproblems muß jetzt nach Ablehnung des Genfer Protokolls der Weg der Sonderabmachungen beschritten werden. Was Deutschland in diesem Zusammenhang angeht, so bin ich der Auffassung, daß ein von Großbritannien garantierter Sicherheitspact ausreicht, um den Frieden von Westeuropa sicher zu stellen. Die Unterabteilung Großbritanniens ist heute die wichtigste von allen. Ohne sie kann der Frieden nicht verwirklicht werden. Wenn Deutschland sich klar darüber sein muß, daß es mit England, Frankreich, Belgien und Italien zu tun haben wird, so dürfte es sich es noch einmal überlegen, bevor es sie angreift. Der Frieden Westeuropas ist der sicherste Ankerpunkt für den allgemeinen Frieden Europas. Dabei wird auch der Osten auf seine Rechnung kommen. Italien würde dem Westmächteabkommen vermutlich beitreten. Andererseits müssen auch Garantien für den Osten gefunden werden, obwohl wir von rein belgischem Standpunkt nicht direkt interessiert sind. Unsere Sicherheit ergibt sich lediglich aus dem Abkommen der Westmächte. Ich finde die deutschen Vorschläge äußerst beachtens-

gebaut haben. Uns kann es also schließlich gleichgültig sein, in welcher Form die Bestimmungen des Versailler Friedens durch ein oder mehrere Abkommen dieser Art verstärkt werden. Immer richten sie ihre Spitze gegen Deutschland und gegen jeden deutschen Versuch, das so feierlich proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für das deutsche Volk in Anspruch zu nehmen.

Robert Schmidt vor dem Barmat-Ausschuss

Berlin, 17. März.

Am Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages über die Barmat-Affäre wurde heute der frühere Reichsernährungs- und Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt vernommen. Der Zeuge bestritt energisch, Barmat aus Parteifreundschaft bei dem Abschluß von Geschäften besonders berücksichtigt zu haben. Er sei mit Barmat im ganzen nur dreimal zusammengekommen, und zwar immer nur amtlich, niemals im persönlichen Verkehr. Barmat sei in jener Zeit der deutschen Lebensmittelknappheit sojuzugene eine Notwendigkeit gewesen: man habe mit solchen Leuten Geschäfte machen müssen, wenn man überhaupt Lebensmittel haben wollte. Und Barmat habe damals durch seinen schlechten Einbruch gemacht. England habe ihn auf die schwarze Liste gesetzt gehabt, aber gerade mit solchen Leuten, die von der Entente angefeindet worden seien, habe Deutschland damals in Verbindung treten müssen. Im übrigen habe er auch bis heute noch nichts Schöneres über den Barmat von damals erfahren. Festliche Kritik richtete Schmidt gegen die damalige deutsche Gesandtschaft in Haag, die, mit Ausnahme des Gesandten Dr. Rosen selbst, über Aufgabe, Deutschland in der Zeit der Lebensmittelknappheit zu helfen, nicht gewachsen und durchaus bürokratisch eingestellt gewesen sei. Der Zeuge betonte zuletzt noch einmal mit großer Entschiedenheit, daß er mit Barmat nur amtlich zu tun gehabt, niemals an Barmatschen Affären teilgenommen und niemals von Barmat Geschenke oder ein Darlehen erhalten habe.

wert, kann jedoch nicht formell zu ihnen Stellung nehmen. Sie verdienen, auswertig geprüft zu werden wie alle Anregungen, die dazu angehen, den Frieden Europas zu sichern.

Die deutsche Regierung und die Antwort des Völkerbundes.

Berlin, 18. März. Die Antwort des Völkerbundes auf das deutsche Memorandum bildet, wie der Lokalanzeiger erzählt, noch den Gegenstand von Resorberörterungen innerhalb des Auswärtigen Amtes. Nach der Auffassung maßgebender Kreise ist jetzt entgegen anderslautenden Meldungen durch die Antwortnote die Situation noch nicht in dem Maße geklärt, daß bereits eine offizielle deutsche Stellungnahme dazu erfolgen könnte. Vielmehr ist man in Berlin davon unentwirrt, daß in verhafter der alliierten Regierungen weitere Beratungen sowohl über diesen Gegenstand als auch über die Sicherheitsfrage im Gange sind und man erwartet insofern in Berlin eine erneute Stellungnahme der Ententecabinetts zu den belomornten deutschen Anregungen. Es sind Besprechungen zwischen dem Kabinett und den Führern der Regierungsparteien in dieser Angelegenheit geplant.

Stellungnahme der Reichsbahn zum Schiedspruch.

Berlin, 18. März. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft nimmt zu dem im Schlichtungsverfahren ergangenen Schiedspruch folgendenmaßen Stellung: Die Hauptverwaltung kann unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Empfehlung des Schiedspruches, der Arbeiterlohn vom 15. März ab um 3 Proz. je Stunde zu erhöhen, von sich aus nur durchführen, wenn die Reichsregierung die zur Aufbringung der Mittel erforderliche Erhöhung der Tarife genehmigt. Weiter stimmt die Hauptverwaltung der Erhebung des vom Schiedsrichter empfohlenen Ausschusses zur Prüfung von Forderungen in den Arbeitszeitbestimmungen, zu. Der Schiedspruch verlangt, daß sämtliche am Streik Beteiligten bis zum 31. März wieder eingestellt sind, jedoch den neuereinstellten Ersatzkräften sofort bis 31. März gekündigt werden müßte. Die Gesellschaft ist bereit, die Mehrzahl der am Streik Beteiligten mit den alten Rechten des Tarifvertrages wieder einzustellen und keine Maßregeln zu ihrer Arbeit vorzunehmen. Sie ist aber nicht in der Lage, sämtliche Neueinstellungen zu erfüllen. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft kann nicht ohne andere Unternehmungen im Falle eines Streiks ihre Betriebe schließen. Sie ist im Gegenteil aus volkswirtschaftlichen Gründen und im Interesse der Allgemeinheit verpflichtet, Verkehr und Betrieb aufrecht zu erhalten, um die Güterverteilung nicht zu gefährden. Sie war daher auch nach Ausbruch des Streikes in die Notlage verlegt, sich nach Bessern umzusehen und geeignete Ersatzkräfte einzustellen. Der Deutschen Reichsbahngesellschaft kann nicht zugemutet werden, die Helfer, die sich bewährt haben, jetzt zu Gunsten der an dem Streik beteiligten gewesenen Eisenbahnarbeiter sämtlich in kürzester Frist wieder zu entlassen. Die Reichsbahngesellschaft ist daher bereit, die am Streik Beteiligten wieder einzustellen, sobald der Betrieb ihr gestattet und auf längere Zeit hinaus die freiverwendenden Stellen in erster Linie aus den Reihen der früher Beschäftigten zu besetzen.

Henry Barmat bleibt in Haft.

Die Nachricht, daß Henry Barmat aus der Haft entlassen worden sei, hat sich als falsch erwiesen. Gleich dem Bruder Julius bleibt auch Henry Barmat weiterhin in Haft. Dagegen ist der in die Affäre verwickelte Ministerialrat Kaug jetzt bedingungslos entlassen worden. Eine Kaution von 50.000 Goldmark, die er hinterlegt hatte, wurde ihm zurückgegeben.

Die Berufungsbearbeitung in Magdeburg

(7. Verhandlungstag.) — Magdeburg, 17. März.

Die gestrige Nachmittagssitzung brachte die Vernehmung des früheren preussischen Ministerpräsidenten Braun, des Zentrumsalgeordneten Giesberts und des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Richter. Braun und Richter schilderten die Vorgänge, die zum Eintritt des sozialdemokratischen Parteivorstandes in die Streikleitung führten, in ähnlicher Weise, wie es die übrigen Zeugen getan haben. Abgeordneter Giesberts erklärte, daß der Munitionsarbeiterstreik in 24 Stunden beigelegt gewesen wäre, wenn Wallraf damals die sozialdemokratische Abordnung empfangen hätte. Zwischen den Zeugen Wolf und Dr. Henninger entspann sich im Laufe dieser Erörterungen ein lebhaftes und erregtes Wortgefecht, in das der Vorsitzende schließlich eingreifen mußte. In der heutigen Sitzung äußerten sich mehrere Zeugen über die

Auswirkung des Munitionsarbeiterstreiks im Jahre 1918. Der Zeuge Freiherr v. Fortner, gegenwärtig Parteiführer der Deutschnationalen in Tarnobitz, hat 1918 in Kiel den Einbruch gewonnen, daß durch den Küstungsstreik die Kühlung der Flotte stark verzögert wurde. Gegen den Zeugen schwärzt, wie vom Generalstaatsanwalt mitgeteilt wurde, beim Staatsgerichtshof ein Verfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten. Der frühere Kapitän J. S. und jetzige Kaufmann Neerzmann gibt gleichfalls eine Darstellung der Streikvorgänge in Kiel. Abm hatten Arbeiter